

Der Aufschwung setzt sich fort

Jahreswirtschaftsbericht 1987 der Bundesregierung

„Der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland tritt in sein fünftes Jahr ein. Anhaltendes Wachstum bei wiederhergestellter Stabilität des Preisniveaus und deutlich steigende Beschäftigung sind seine herausragenden Kennzeichen.“ Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung zeigt gut eine Woche vor der Bundestagswahl die Perspektiven der deutschen Wirtschaft für das soeben begonnene Jahr auf.

Im Rückblick auf die von der SPD hinterlassene Erblast werden die bisher von der Regierung Kohl erreichten Erfolge genannt:

- stetiges Wirtschaftswachstum
- steigende Beschäftigung
- Geldwertstabilität
- Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

Als wichtigstes Ergebnis ist zu nennen, daß die Menschen wieder auf die Zukunft setzen und wieder stärker bereit sind, in eigener Verantwortung zu planen, statt in erster Linie auf den Staat zu setzen.

Der Aufschwung wurde in den letzten Jahren zunehmend von der Inlandsnachfrage getragen. Dies hat auch zu einer deutlichen Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt geführt: Nachdem von 1980 bis Ende 1983 die Zahl der Erwerbstätigen um über eine Million zurückgegangen war, nehmen die Beschäftigungsmöglichkeiten seit nunmehr drei Jahren wieder zu. Vom Tiefpunkt im Herbst 1983 sind bis zum Jahresende 1986 rund 600 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden.

Wahlkampf '87

HEUTE AKTUELL

● Dokumentation

Vergleichszahlen für die Wahl zum 11. Deutschen Bundestag. Grüner Teil

● DM-Aufwertung

Ausdruck des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft.

Seite 4

● Arbeitsmarkt

Unsere Beschäftigungspolitik hat Früchte getragen.

Seite 6

● Deutschlandpolitik

Der Kanzler vor der Bonner Presse: Wir halten am Gebot der Wiedervereinigung fest.

Seite 7

● Flugblätter

Offensive für den Umweltschutz. Beide Stimmen für die CDU.

Seite 15/17

● Öffentlichkeitsarbeit

Letzte Tips für die Wahl: Woran Sie unbedingt denken sollten.

Seite 18/19

Auch die **Arbeitslosigkeit geht zurück.**

Wenn sich dies noch nicht deutlich genug in der Arbeitslosenquote niedergeschlagen hat, so liegt dies daran, daß die geburtenstarken Jahrgänge immer noch verstärkt auf den Arbeitsmarkt drängen und zusätzlich das Interesse an einer Erwerbstätigkeit bei einer wachsenden Zahl von vor allem Frauen zugenommen hat.

„Zur Wiederbelebung der Wachstumskräfte hat die grundlegende Neuorientierung der Finanzpolitik entscheidend beigetragen.“ Dies hat es ermöglicht, daß **neue Schwerpunkte im Sozialbereich, insbesondere in der Familien- und Arbeitsmarktpolitik**, gesetzt werden konnten. Hier sind vor allem die zum 1. Januar 1986 in Kraft getretenen familienpolitischen Leistungen wie Steuersenkungen für Familien mit Kindern und Erziehungsgeld/-urlaub sowie die Aufstockung der Ausgaben im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu nennen.

Der aktuelle Aufschwung wird anders als seine Vorgänger von **stabilen Preisen** begleitet. Im Jahresdurchschnitt sanken die Preise sogar um 0,2 Prozent.

Dies kommt vor allem den Beziehern von Arbeitseinkommen, Renten und Sozialeinkommen zugute.

Wichtig ist vor allem, daß sich die Antriebskräfte von der Auslands- zur Binnennachfrage verlagert haben.

„**Privater Verbrauch und Unternehmensinvestitionen sind Motor der gesamtwirtschaftlichen Expansion**“ und die Pfeiler des Aufschwungs.

Auf dieser Basis sind die Perspektiven für 1987 günstig. „Eine nachhaltige Verstärkung der privaten Investitionstätigkeit ist ein Schlüssel für die Lösung der gegenwärtigen Beschäftigungsprobleme.“

Wesentliches **Kernstück einer offensiven Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung** ist die für die kommende Legislaturperiode geplante **Steuerreform**. Der Leitgedanke für diese Reform ist: besser niedrige Steuersätze mit weniger Ausnahmen, als hohe Steuersätze mit vielen Ausnahmen.

Dazu gehört die Einführung eines linear-progressiven Tarifs bei der Lohn- und Einkommensteuer, die weitere Entlastung der unteren Einkommen und der Familien mit Kindern durch die Erhöhung des Grundfreibetrags und der Kinderfreibeträge.

Insgesamt gesehen wird die Konjunktur 1987 weiter auf Wachstumskurs verlaufen. „**Anhaltend gute, vom privaten Verbrauch und den Investitionen getragene Binnennachfrage, weiter zunehmende Beschäftigung, weitgehend stabiler Geldwert und Fortschritte auf dem Weg zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht**“ werden nach der Jahresprojektion 1987 die voraussichtlichen Merkmale der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das soeben begonnene Jahr sein.

Wie 1986 werden vom Anstieg der Inlandsnachfrage kräftige Wachstumsimpulse ausgehen.

Vor allem bei den Unternehmensinvestitionen wird eine Zunahme erwartet, die Projektion 1987 geht von einem realen Anstieg von 4 bis 5 Prozent für die Anlageinvestitionen aus. Auch von den Bauinvestitionen ist — anders als noch 1986 — ein überproportionaler Wachstumsbeitrag zu erwarten.

Der private Verbrauch wird voraussichtlich auch 1987 kräftig steigen, real vermutlich um drei bis vier Prozent.

Der Anstieg der Verbraucherpreise wird für 1987 auf eine Rate zwischen null und ein Prozent geschätzt, die **Preisstabilität bleibt also weiterhin erhalten.**

Zukunft statt Rot-Grün

Wenn Sie wirklich etwas für die Umwelt tun wollen ...

Die Panikmache rot-grüner-Aussteiger nützt der Umwelt nicht. Die SPD hatte 13 Jahre Zeit, Umweltpolitik zu machen. Getan hat sie nichts. Erst wir haben gehandelt: Schadstoffarme Autos, bleifreies Benzin und 600.000 Tonnen weniger Schwefel-Ausstoß bei Industrie- und Kraftwerken. Und jetzt hat Walter Wallmann für die CDU ein 17-Punkte-Programm* vorgelegt, das den Umweltschutz zur gemeinsamen nationalen Aufgabe macht. Dazu gehören u. a.:

- Zwangende Umwelt-Haftpflichtversicherung für Betriebe
- erweiterter Verbot für gefährliche Chemikalien
- Forschung und Ausbau neuer Umwelttechniken
- strengere Kontrolle, schnelleres Handeln der Behörden.

Vorbeugen ist besser als heilen – auch für die Umwelt. Umweltschutz darf nicht an Grenzen haltmachen. Deshalb sind wir der Vorreiter des Umweltschutzes in Europa.



*Das 17-Punkte-Umweltprogramm erhalten Sie von der CDU-Bewegungsbücherei, Post 100, Kungel-Adenauer-Ring, 5300 Bonn

Diese beiden Anzeigen gehören zu einer Anzeigenserie in allen deutschen Tageszeitungen

Insgesamt führen die genannten Determinanten zu einem Anstieg des realen Wachstums des Bruttosozialprodukts von rund 2,5 Prozent. Dies wird sich auch positiv auf die Situation am Arbeitsmarkt niederschlagen. Die Bundesregierung geht von einer Zunahme der Erwerbstätigkeit aus. Dies wird 1987 zu einem weiteren Rückgang der Zahl der Arbeitslosen führen. Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit werden 1987 voraussichtlich um vier bis fünf Prozent, die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um drei bis fünf Prozent zunehmen. Damit würden die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit erstmals seit fünf Jahren schneller steigen als diejenigen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Zukunft statt Rot-Grün

Wenn Sie weniger Steuern zahlen wollen ...

1986 haben wir die Steuern erstmals gesenkt. Im nächsten Jahr folgt die zweite Steuersenkung. Und noch mehr ist von unserer Großen Steuerreform zu erwarten: Dauerhafte Steuersenkung für die arbeitenden Menschen – im Schnitt 1.000 Mark. SPD und Grüne würden dagegen den Wahltag zum Zahltag machen; ihre Versprechungen sind nur mit Steuer-Erhöhungen zu bezahlen. Daher: Wenn Sie für weniger Steuern sind, stabile Preise und sichere Renten wollen, müssen Sie die CDU wählen. **Sichergehen – schon jetzt per Brief wählen!**



Junge Union fordert Zivildienstplätze im Umweltschutz

Der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Christoph Böhr, regte an, mehr Zivildienstplätze im Bereich des Umweltschutzes einzurichten. In der Umwelterziehung, Umweltforschung, in Natur- und Umweltschutzverbänden böten sich eine Fülle von Möglichkeiten, einen Friedensdienst für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu leisten. Zivildienstleistende könnten im Hinblick auf verbesserten Umweltschutz eine Fülle weiterführender Ideen entwickeln, wie sich beispielsweise in Solingen gezeigt habe; (10 Zivildienstleistende erhielten den Umweltschutzpreis der Stadt).

DM-Aufwertung:

Ausdruck des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft

Die Neufestsetzung der Leitkurse im Europäischen Währungssystem (EWS) durch die Finanzminister in Brüssel zieht die angemessenen Folgerungen aus den jüngsten starken Bewegungen an den Märkten, erklärte der Bundesminister der Finanzen, Gerhard Stoltenberg, zu den Beschlüssen der Finanzminister des EWS in Brüssel:

Die deutsche Position war dabei von folgenden Gesichtspunkten bestimmt: Die Entwicklung der wirtschaftlichen Grunddaten seit dem letzten Realignment im April 1986 gab keine Begründung zu einer aktuellen Neubewertung. Die Ursachen für den starken spekulativen Druck waren vielmehr das Absinken des Dollarkurses mit den Wirkungen auf das Europäische Währungssystem und öffentliche Reden in einigen Ländern über eine angeblich erforderliche umfassendere Neubewertung der Leitkurse im EWS.

Aus dieser Einschätzung kam für die Bundesregierung nur eine sehr begrenzte Marge von drei Prozent in Betracht. Nachdem sich die kurzfristigen Spekulationen in der vergangenen Woche weiter verstärkten, habe ich nach eingehender Erörterung mit dem Direktorium der Bundesbank und intensiven zweiseitigen Kontakten, u. a. mit der belgischen Präsidentschaft und meinem französischen Kollegen, einer Einberufung der Sitzung zugestimmt. Die lang anhaltenden Verhandlungen in Brüssel haben wieder gezeigt, daß mehrere Mitgliedstaaten ihre Leitkurse möglichst nahe an der DM halten wollten. Darin findet das vorrangige

Interesse der meisten Mitglieder des EWS an einer Fortsetzung von mehr stabilitätsorientierter Politik Ausdruck. Durch die gefundene Lösung ergibt sich eine rechnerische Höherbewertung der DM im System um 2,1 Prozent, weltweit um weniger als 1 Prozent.

Nach den Erfahrungen früherer Jahre zu Änderungen der Leitkurse bleibt es offen, ob diese Neufestsetzung der Interventionspunkte in absehbarer Zeit tatsächlich zu einer entsprechenden Veränderung der Marktkurse führen wird.

Die vor dem Wochenende in der europäischen Öffentlichkeit geführte politische Debatte, welche Währungen „aufgewertet“ und welche „abgewertet“ werden, geht an der Realität des EWS-Systems vorbei. Eine Aufwertung der DM ist automatisch eine Abwertung anderer Währungen und umgekehrt. In Wahrheit bedeutet der Brüsseler Beschluß eine Neufestsetzung der Interventionspunkte in der vereinbarten Bandbreite.

Deshalb sind Wettbewerbsnachteile für die deutsche Wirtschaft aufgrund der Entscheidung des Wochenendes nicht zu erwarten. Die Entlastung für die Bundesbank von dem spekulativen Druck verbessert vielmehr die Voraussetzungen für eine weitere stabilitätsorientierte Politik. Ich hoffe, daß nach den intensiven Erörterungen der letzten Tage sich hierbei die Möglichkeit für eine begrenzte Senkung der Geldmarktzinsen eröffnet.

Ich habe mich mit großem Nachdruck für eine Vereinbarung über die agrar-monetären Folgerungen aus der Veränderung der

Interventionspunkte eingesetzt. Das erzielte Ergebnis gewährleistet, daß jetzt anstehende Beschlüsse nicht gegen die Bundesregierung getroffen werden können.

Insgesamt sind die Beratungen und Beschlüsse der Finanzminister ein positives Zeichen für die Handlungsfähigkeit des Europäischen Währungssystems auch unter schwierigen Ausgangsbedingungen, das seine Wirkungen auf die Märkte haben wird.

EWS-Beschlüsse – keine Auswirkungen für die deutsche Landwirtschaft

Nach den Spannungen der letzten Tage an den Devisenmärkten war eine Wechselkursanpassung im europäischen Währungssystem unumgänglich geworden. Für die deutsche Landwirtschaft ergeben sich daraus keine unmittelbaren Nachteile, erklärte Bundesernährungsminister **Ignaz Kiechle**.

1. Die landwirtschaftlichen Umrechnungskurse für die in ECU festgesetzten Agrarpreise bleiben unverändert und dadurch auch die deutschen Agrarpreise unberührt.

2. Aufgrund des seit 1984 angewandten Währungsausgleichssystems führt die Wechselkursanpassung nicht zum Entstehen neuer positiver Währungsausgleichsbeträge. Die währungsbedingten Preisunterschiede werden durch negativen Währungsausgleich in anderen Mitgliedstaaten ausgeglichen.

3. Im Agrarhandel wird es durch die Einführung oder Erhöhung negativer Währungsausgleichsbeträge grundsätzlich nicht zu Veränderungen oder Verzerrungen kommen.

Eine besondere Verantwortung liegt jetzt bei der EG-Kommission. Sie muß zum einen gewährleisten, daß die negativen Währungsausgleichsbeträge konsequent angewendet werden. Zum anderen muß sie im Rahmen der in Kürze zu erwartenden Preisvorschläge dafür sorgen, daß über den Abbau negativer Währungsausgleichsbeträge keine Verzerrungen in der Einkommensentwicklung zwischen den Mitgliedstaaten eintreten.

Die Bundesregierung wird in der kommenden Preisrunde der Entwicklung der Einkommen der deutschen Bauern im Zusammenhang mit den Währungsfragen besondere Aufmerksamkeit widmen.

Nationale und internationale Pressestimmen:

„Dank der blendenden Gesundheit seiner Wirtschaft und eines überaus soliden Außenhandels kann sich das Land den Luxus erlauben, Europa unter die Arme zu greifen.“
(Le Figaro, 12. 1. 87)

„Objektiv muß man feststellen, daß eine Aufwertung der Mark innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die bundesdeutschen Exporte praktisch nicht beeinträchtigen wird.“
(Le Soir [Brüssel], 12. 1. 87)

„Angesichts der niedrigen Aufwertungssätze dürften die wirtschaftlichen Folgen relativ geringfügig sein.“
(Tages-Anzeiger [Bern], 12. 1. 87)

„Fest steht, wir werden in der Bundesrepublik mit der Aufwertung unserer DM leben können. Bestätigte (sich) doch nicht nur die Stabilität unserer Währung, sondern auch die Stabilität unserer Wirtschaft. Und gerade jetzt sollte diese Stabilität im Innern auch Richtschnur sein der nun ins Rollen kommenden Lohnverhandlungen.“

Fazit: Der Kompromiß von Brüssel ist das Ergebnis partnerschaftlicher Gesinnung. Bei der engen Verflechtung der Staaten im freien Teil Europas liegt es schließlich im eigenen Interesse, dem anderen zu helfen, wenn er in Bedrängnis gerät.“

(Deutsches Fernsehen, 12. 1. 87)

Unsere solide Beschäftigungspolitik hat Früchte getragen

Das Jahr 1986 hat auf dem Arbeitsmarkt Besserung gebracht. Unsere solide Beschäftigungspolitik und aktive Arbeitsmarktpolitik haben Früchte getragen. Die Dynamik der Wirtschaftsentwicklung setzt sich um in mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit. Am Jahresende 1986 waren über 600 000 Menschen mehr in Arbeit als 1983. Der Wachstumstrend der Beschäftigung ist ungebrochen. 1987 wird weitere Fortschritte bringen — wenn eine solide, erfolgreiche Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik fortgesetzt wird.

1986 gab es:

- 263 000 Erwerbstätige mehr als 1985,
- im Jahresdurchschnitt 76 000 Arbeitslose weniger als 1985,
- den niedrigsten Stand der Kurzarbeit seit 1980,
- 18,6 Prozent mehr gemeldete offene Stellen als 1985 (Steigerung um 288 000 auf 1,8 Millionen),
- die höchste Zahl von Arbeitsvermittlungen durch die Arbeitsämter seit 1979,
- die wenigsten arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren seit 1981,
- mit rund einer halben Million Neueintritten in berufliche Bildungsmaßnahmen der Arbeitsämter fast doppelt soviel wie 1982,
- mit über 100 000 Beschäftigten in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen rund dreieinhalb mehr als 1982.

Erstmals seit sieben Jahren lag 1986 die Zahl der Arbeitslosen wieder unter dem Niveau des Vorjahres. Im Dezember 1986 waren 5,5 Prozent oder 129 000 Menschen

weniger arbeitslos als im Dezember 1985. Trotz der saisonüblichen Beschäftigungsschwankungen gab es im November 1986 über 26 Millionen Erwerbstätige — mehr als in jedem November seit 1981. Allerdings: Damals ging es weiter bergab — jetzt geht es weiter bergauf.

Alle Prognosen signalisieren die Fortsetzung von Wachstum der Wirtschaft und der Beschäftigung und einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit. Deshalb können und werden wir in diesem Jahr weiter vorankommen, stellt Bundesarbeitsminister Norbert Blüm fest.

Allerdings: Keine Regierung kann allein die Arbeitslosigkeit überwinden. Gefordert sind alle, die für die Beschäftigung Verantwortung tragen.



Begehrte Bundeswehr

43 000 junge Männer haben sich im Jahr 1986 für den freiwilligen Dienst in der Bundeswehr als Soldaten auf Zeit entschieden. Damit wurde die Vorgabe für 1986, 40 000 Zeitsoldaten zu gewinnen, deutlich überschritten. 1987 wird die Bundeswehr weitere 39 000 Zeitsoldaten einstellen. Dabei wird es wiederum darauf ankommen, einen hohen Anteil an Bewerbern mit Eignung für die Unteroffizierlaufbahn zu gewinnen, die sich für vier Jahre und länger verpflichten. Angesichts sinkender Jahrgangsstärken und dem Bedarf nach qualifiziertem Nachwuchs ist dieses Ziel auch 1987 eine lohnende Herausforderung an den „Arbeitsplatz Bundeswehr“.

Helmut Kohl:

Wir halten am Gebot der Wiedervereinigung fest

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte vor der Bundespressekonferenz am 13. Januar 1987 in Bonn u. a.: Wenn wir von der Kontinuität deutscher Politik, auch und gerade im Wahljahr 1987 sprechen, beziehen wir uns auf die Grundentscheidungen, wie sie von Konrad Adenauer getroffen worden sind:

■ für das Bündnis mit den Demokratien Europas und Nordamerikas, die unsere Sicherheit verbürgen;

■ für die Einigung Europas, für die wir uns stets auch im Blick auf das ganze Europa einsetzen;

■ für die Versöhnung und Zusammenarbeit mit Frankreich, die uns Vorbild für unser Verhältnis zu leidgeprüften Völkern ist;

■ und — verankert im Westen — für eine langfristig angelegte Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit mit unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn.

Jenseits aller parteipolitischen Auseinandersetzungen gilt: Wir schulden unseren Freunden und Verbündeten, allen unseren Nachbarn eine klare, beständige und berechenbare Politik.

Unsere Politik in Deutschland bleibt darauf angelegt, die Einheit der Nation zu wahren und Schritt für Schritt Erleichterungen für die Menschen in unserem geteilten Lande zu erreichen. Wir halten am Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes fest. Wenn die SPD und ihr Kandidat sich darin nicht mehr wiederfinden können, geben sie den Konsens auf, der

vierzig Jahre zwischen allen demokratischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland bestanden hat.

Die Bundesregierung hat in der Deutschlandpolitik der zu Ende gehenden Legislaturperiode viel erreicht:

■ Die Zahl der Reisen in dringenden Familienangelegenheiten hat sich 1986 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdreifacht (nach Angaben des DDR-Außenministeriums 573 000).

■ Hinzu kommen noch mehr als 1,6 Mio. Rentnerreisen.

■ Der Jugendaustausch konnte kräftig erhöht werden.

■ Erste partnerschaftliche Verbindungen zwischen Städten in beiden Teilen Deutschlands sind geknüpft worden.

■ Am 6. Mai 1986 haben wir nach langjährigen Verhandlungen ein Kulturabkommen mit der DDR unterzeichnet.

Wir haben keine Illusionen und werden unsere grundsätzlichen Positionen nicht aufgeben, noch verschweigen. Wir halten aber fest an einer pragmatischen Politik der Zusammenarbeit.

Dabei sind wir uns stets bewußt: Unsere Politik für Deutschland ist und bleibt eingebettet in das West-Ost-Verhältnis. Eine **Schlüsselrolle** spielen unsere Beziehungen zur Sowjetunion. Ihr und allen unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn gilt unser Angebot, auf der Grundlage der Verträge sowie der Schlußakte von Helsinki zukunftsgerichtet zusammenzuarbeiten:

■ Wir wollen den politischen Dialog kontinuierlich fortsetzen.

■ Wir wollen neue Wege der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit erschließen.

■ Wir wollen die Zusammenarbeit in Kultur und Umwelt, im Gesundheitswesen und nicht zuletzt auf humanitärem Gebiet voranbringen.

Wir werden im Interesse der Menschen diesen Weg weitergehen.

Besonders begrüße ich die Rückkehr Andrej Sacharows nach Moskau. Nachdem noch Anfang Dezember Anatol Martschenko in Strafhaft starb, hoffe ich, daß der Name Andrej Sacharows mit einer Wende zum Besseren in der sowjetischen Menschenrechtspolitik verbunden bleibt. Diese Hoffnung hegen auch die Tausenden von deutschstämmigen Sowjetbürgern, die zu uns ausreisen wollen.

Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow haben beide mehrfach festgestellt, daß in Reykjavik beachtliche Fortschritte erzielt wurden und daß der Dialog auf der Grundlage des Erreichten weitergehen solle.

1987 sollte das 3. Gipfeljahr werden

Am 15. Januar wird in Genf die 7. Verhandlungsrunde eröffnet. Dabei können die USA auf die geschlossene Unterstützung durch die NATO-Partner zählen, wie es die Herbsttagungen der NATO erneut in aller Klarheit bestätigt haben.

Die Bundesregierung erwartet, daß die in Reykjavik erreichten Annäherungen so rasch wie möglich in konkrete Abkommen umgesetzt werden.

Dies betrifft insbesondere:

- Die Verminderung der strategischen Nuklearwaffen um die Hälfte;
- die Null-Lösung in Europa im Bereich der Mittelstreckenraketen längerer Reichweite mit einer Weiterverhandlungsver-

pflichtung für die Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite.

Ich betone erneut: Wer das klare Ja der Bundesregierung ständig — wie die Opposition — in Zweifel zieht, schadet dem nationalen Interesse.

Auf diesen beiden Gebieten sind Verhandlungslösungen in Reichweite. Sie dürfen nicht im Sinne eines „Alles oder Nichts“ von einer Einigung im Bereich der strategischen Defensivsysteme abhängig gemacht werden.

Vor einem Jahr nannte ich als unsere besonderen Interessenschwerpunkte im Bereich der Rüstungskontrolle ferner

- das weltweite Verbot chemischer Waffen
- und den atomaren Teststopp.

Mit Befriedigung stelle ich heute fest, daß auch auf diesen Gebieten Fortschritte und Annäherungen erzielt wurden.

Zur Frage des Teststopps begrüße ich, daß die US-Administration die sogenannten Schwellenverträge von 1974 und 1976 dem Senat zur Ratifizierung zuleiten will. Bei den Genfer Verhandlungen über die chemischen Waffen liegt zu den offenen Verifikationsfragen ein britischer Vermittlungsvorschlag auf dem Tisch. Es ist ermutigend, daß auch die sowjetische Führung einen Verhandlungsabschluß 1987 für möglich hält.

Die Herbsttagungen der NATO haben die hohe Übereinstimmung der 16 Allianzpartner auch bei der konventionellen Abrüstung in Europa bewiesen.

Unsere Allianz

— schlägt erstens eine Fortsetzung der Konferenz über Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa vor und

— regt zweitens gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes Verhandlungen über einen konventionellen Rüstungsbau zwischen Atlantik und Ural an.

Diese zukunftsweisende Initiative hat weitreichende Bedeutung für die Bündnisse, aber auch für Europa und die gesamteuropäische Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten.

Diese Initiative steht unter dem Vorzeichen des erfolgreichen Abschlusses der Stockholmer Konferenz über Vertrauensbildung und Sicherheit im letzten Jahr. Die hohe Zahl von Manöverankündigungen auch der östlichen Seite für 1987 bestätigt dies.

Enge europäische Abstimmung und einheitliches Auftreten auf den verschiedenen Feldern der Sicherheitspolitik werden immer dringender. Wir haben dafür mit Frankreich den Grund gelegt. Spezifische europäische Interessen, die durch den Dialog der Großmächte berührt sind, fordern darüber hinaus institutionell verankerte Koordination.

Nach Überzeugung der Bundesregierung könnte die Westeuropäische Union (WEU) dafür ein geeignetes Instrument sein. Ich stimme dem französischen Premierminister Chirac darin ausdrücklich zu.

- Wir müssen die WEU in die Lage versetzen, diese Aufgabe organisatorisch zu bewältigen. Hierzu sind erste Schritte unternommen worden.

- Wir müssen darüber hinaus der WEU politische Impulse geben, damit sie mit Autorität die sicherheitspolitischen Interessen Europas auch inhaltlich zur Geltung bringen kann.

Eine solche WEU würde das europäische Widerlager des Nordatlantischen Bündnisses stärken. Diese Entwicklung richtet sich gegen niemanden.

Stichwort: Europa

Auch 1987 bleibt es eine vorrangige Aufgabe deutscher Politik, die Europäische

Gemeinschaft zu stärken. Dies erfordert zunächst eine baldige, konstruktive Lösung der Probleme im Bereich der Agrarpolitik und der Gemeinschaftsfinanzen.

Kommissionspräsident Delors hat auf dem Europäischen Rat in London angekündigt, daß er Anfang dieses Jahres eine Rundreise durch die Hauptstädte der Mitgliedstaaten machen wird, um die entsprechenden Vorstellungen der Kommission zu erläutern und die Auffassung der Mitgliedstaaten hierzu einzuholen.

Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß wir auf dem Frankfurter Gipfel mit der französischen Seite vereinbart haben, durch bilaterale deutsch-französische Gespräche unsere grundsätzlichen Positionen in den Agrar- und Finanzfragen abzustimmen. Diese Gespräche finden zur Zeit statt.

Es ist aus meiner Sicht unerlässlich, noch in diesem Jahr Beschlüsse zu treffen, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, daß die Gemeinschaft erneut durch eine sich in die Länge ziehende Diskussion über diese Fragen gelähmt wird.

Wir werden ferner die mit der Einheitlichen Europäischen Akte begonnene innere Festigung der Gemeinschaft und den Ausbau des Binnenmarktes energisch fortführen: Die Bundesregierung sieht in diesen Vorhaben Eckpfeiler ihrer europäischen Politik.

Wir bekennen uns zur Solidarität unter den Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft. Dies entbindet nicht von zielstrebigem und leistungsorientierter Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Wir fordern nachdrücklich eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik: das neu geschaffene EPZ-(Europäische Politische Zusammenarbeit)Sekretariat in Brüssel bietet die Chance zu verstärktem gemeinsamen Handeln.

DKP-Aufruf für die SPD – Wo bleibt das klärende Wort?

Erstmals bei einer Bundestagswahl ruft die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ihre Anhänger auf, die entscheidende Zweitstimme der SPD oder den GRÜNEN zu geben. Dazu erklärt der Vorsitzende der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl:

Ich frage den SPD-Vorsitzenden Brandt, ich frage den Fraktionsvorsitzenden Vogel, ich frage vor allem auch den SPD-Kanzlerkandidaten Rau: Wo bleibt Ihre klare Zurückweisung dieser kommunistischen Wahlhilfe? Ein deutliches Wort der Distanzierung ist überfällig. Wer die Geschichte der SPD kennt, wird es besonders bedrückend finden, daß ein solches Wort angemahnt werden muß.

Steht die SPD heute eigentlich noch zu ihren Abgrenzungsbeschlüssen vom 26. Februar 1971, in denen es heißt, daß die SPD „auch in den Jahren nach 1945 für den Teil Deutschlands, in dem sie frei arbeiten konnte, den Weg der Demokratie gewählt und die Zusammenarbeit mit Anhängern der kommunistischen Diktatur verworfen“ hat?

Obwohl die SPD-Führung damals allen Mitgliedern Parteiordnungsverfahren androhte, die mit Kommunisten „gemeinsame Aufrufe, Flugblätter, Einlassungen usw. unterzeichnen“, paktiert die Jugendorganisation der SPD seit den 70er Jahren an vielen Hochschulen mit den Kommunisten. In den Gewerkschaften gelingt es der DKP zunehmend, Sozialdemokraten für Aktionsbündnisse zu gewinnen. Inzwischen scheuen sich auch SPD-Vorstandsmitglieder nicht einmal mehr, Seite an Seite mit DKP-Funktionären aufzutreten. Im vergangenen Jahr war die SPD auch zum ersten Mal durch offizielle Beobachter bei den Parteitag der SED

und der Kommunistischen Partei Polens (PVAP) vertreten.

Besonders besorgniserregend ist außerdem, daß die SPD seit einiger Zeit über reine Gespräche hinaus offizielle Verhandlungen mit kommunistischen Parteien von Ländern des Warschauer Paktes führt. So weit ist bisher noch keine andere demokratische Partei der freien Welt gegangen. Mit den Vertragsentwürfen, die sie mit der SED und der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei verabredet hat, fällt die SPD nicht nur der frei gewählten Bundesregierung politisch in den Rücken, sondern sie stärkt mit ihrer Nebenaußenpolitik auch den Herrschaftsanspruch dieser totalitären Parteien. Und sie unterstreicht damit die Frage, ob die SPD auf dem Weg ist, die grundsätzliche Abgrenzung zu Kommunisten zu verwischen bzw. aufzuheben. Mit dieser Politik hat die SPD bei allen westlichen Bündnispartnern Besorgnis ausgelöst, sich damit international isoliert und die Berechenbarkeit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet.

Eine klare Haltung zu Kommunisten hat die SPD in ihren Beschlüssen vom 26. Februar 1971 als Voraussetzung für die Entspannungspolitik beschrieben. Gerade wegen des untrennbaren Zusammenhangs von Friedenspolitik und Sicherung der Freiheit wollte die SPD „bei ihrem Bemühen um außenpolitische Verständigung mit den kommunistisch regierten Staaten niemals eine Verwischung der grundsätzlichen Gegensätze zulassen, die sozialdemokratische und kommunistische Zielvorstellungen und Durchsetzungsmethoden voneinander trennen“.

Die SPD-Spitze darf zum Wahlauftritt der DKP nicht länger schweigen.

Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand wurde ein großes Stück vorangebracht

Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat können gemeinsam mit großer Befriedigung feststellen, daß die 10. Legislaturperiode die vermögenspolitisch erfolgreichste seit Ludwig Erhard ist, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt, anläßlich der abschließenden Beratung des Zweiten Vermögensbeteiligungsgesetzes im Bundesrat.

„Nach langen Jahren vermögenspolitischer Stagnation unter SPD-Verantwortung haben wir mit dem Vermögensbeteiligungsgesetz ein bedeutsames gesellschaftspolitisches Vorhaben verwirklicht und der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand wieder neue Impulse und Perspektiven gegeben: Die Tür zu einer breiteren Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital der Wirtschaft ist weit aufgestoßen. Auf dem Weg zu einer breiteren Produktivkapitalbeteiligung der Arbeitnehmer sind wir einen großen Schritt vorwärts gekommen.“

Vogt unterstrich, daß mit dem Paket der beiden Vermögensbeteiligungsgesetze auch ein Beitrag zur Versöhnung von Kapital und Arbeit geleistet wird. „Die Leitidee unserer Vermögenspolitik heißt Partnerschaft statt Klassenkampf. Die Arbeitnehmer sollen von abhängigen und außenstehenden Lohnempfängern immer mehr auch zu Partnern und Teilhabern werden. Wir wollen damit gleichzeitig eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Lohnpolitik flankieren und die Investitionsfähigkeit unserer Wirtschaft stärken.“

Die Erfolge der ersten Stufe beweisen, daß wir auf dem richtigen Weg sind:

■ Die Zahl der an ihrer Firma beteiligten Arbeitnehmer stieg seit 1984 mit jährlich 50 000 doppelt so stark wie vorher. Jetzt dürften rund 1,1 Millionen Arbeitnehmer 14,2 Mrd. DM Beteiligungskapital halten.

■ Die Anlage vermögenswirksamer Leistungen in Produktivkapitalbeteiligungen hat sich seit 1983 mehr als verdreifacht.

■ Innerhalb von knapp drei Jahren stieg die Zahl der direkt mit Kapitalanlagegesellschaften abgeschlossenen Verträge über den Erwerb von Aktienfondsanteilen mit vermögenswirksamen Leistungen von nahe Null auf über 130 000.

■ Allein im Sparkassenbereich gab es 1985 rd. 1 Million neue Wertpapier-Spar-

Keine Stimme verschenken – beide Stimmen für die CDU

verträge, deren Gelder vornehmlich in Vermögensbeteiligungen geflossen sein dürften.

Es gibt drei gute Gründe, die für das Zweite Vermögensbeteiligungsgesetz sprechen:

1. Die Förderung von Vermögensbeteiligungen wird ausgebaut und für den einzelnen Arbeitnehmer massiv aufgestockt: Wir bauen mit der zweiten Stufe bei kostenloser oder verbilligter Überlassung von Vermögensbeteiligungen den Lohnsteuerfreibetrag um fast 70 Prozent — von 300 auf 500 DM — weiter aus. Für den einzelnen Arbeitnehmer bedeutet dies zusammen mit der Höchstförderung des Vermögensbildungsgesetzes eine Aufstockung seiner jährlichen Förderung auf bis zu 560 DM. Wenn ein Arbeitnehmer beide Förderungswege z. B. sechs Jahre

Rau gibt Konsens in der Deutschlandpolitik auf

Noch gerade rechtzeitig vor dem Wahltermin hat Johannes Rau, der Kandidat der Sozialdemokraten, den Deutschen mitgeteilt, wie er es mit der Wiedervereinigung unseres Volkes hält.

Wer auf die Interviewfrage: „Rührt der Begriff Wiedervereinigung in ihrem Inneren noch eine vertraute Note an?“, antwortet:

„Ich weiß nicht, ob meine Zukunftsvision für irgendeinen Zeitpunkt noch mit dem Wort Wiedervereinigung richtig umschrieben ist.“

(Johannes Rau in der „Welt“ vom 10. Januar 1987),

kann niemals politische Verantwortung für die Bundesrepublik Deutschland übernehmen. Ein Kanzlerkandidat, der die Präambel des Grundgesetzes für sich nicht mehr als bindend ansieht, stellt sich selbst ad absurdum. Nicht weniger skandalös ist die politisch-moralische Seite dieser Haltung: Johannes Rau übt Verrat an allen Deutschen, denen die Hoffnung auf das Leben in Einheit und Freiheit bisher die Kraft gegeben hat, in einem menschenfeindlichen System durchzuhalten.

Wir sollten Johannes Rau und der SPD für dieses Interview dankbar sein; niemand kann jetzt sagen, er habe nichts gewußt, erklärte **Eduard Lintner**, Deutschlandpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

lang nutzt, kann er bei einer Verzinsung von jährlich sechs Prozent sein eingesetztes Kapital von 7324 DM auf 14135 DM nahezu verdoppeln.

2. Arbeitnehmer und mittelständische Wirtschaft erhalten eine für beide Seiten gleichmaßen attraktive neue außerbetriebliche Anlageform:

Zukünftig können vermögenswirksame Leistungen auf einem neuen indirekten Weg verstärkt auch mittelständischen Unternehmen zugute kommen. Dafür sorgt die investimentrechtliche Zulassung von Beteiligungs-Sondervermögen, die außer Wertpapieren auch stille Beteiligungen an nicht börsennotierten Unternehmen enthalten. Dem besonderen Sicherheitsbedürfnis der anlegenden Arbeitnehmer wird durch eine breite Risikostreuung der Beteiligungs-Sondervermögen und durch den Anlegerschutz des Investmentgesetzes Rechnung getragen.

3. Das vermögenspolitische Instrumentarium wird im Rahmen des Möglichen praxisgerecht vereinfacht. Dies erleichtert Arbeitnehmern, Arbeitgebern, Kreditinstituten und der Finanzverwaltung die Anwendung des Vermögensbildungsrechts.“

Vogt appellierte an die Tarifpartner, sich auf die Chancen und Möglichkeiten der neuen vermögenspolitischen Maßnahmen einzustellen. Arbeitgeber und Gewerkschaften sollten zu einer partnerschaftlichen Allianz für Investitionen, Arbeitsplätze und mehr Verteilungsgerechtigkeit zusammenfinden und einer breiteren Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital zum Durchbruch verhelfen.

**Keine Stimme verschenken –
beide Stimmen für die CDU**

EUREKA kann Vorbild für europäische Forschungspolitik werden

Die EUREKA-Initiative, an der mittlerweile 19 Partnerstaaten und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften teilnimmt, zeigt, daß mit minimaler Bürokratie ein Höchstmaß an europäischer Forschungsdynamik erreicht werden kann: Das ständige EUREKA-Sekretariat hat am 1. 11. 1986 seine Arbeit aufgenommen und ist nur mit sieben Referenten (darunter 1 Deutscher) besetzt. Es soll dazu dienen, die zwischenstaatliche Zusammenarbeit von Industrie und Wissenschaft zum Erfolg zu führen.

Der Vorteil der EUREKA-Initiative für beteiligungswillige Länder bzw. Unternehmen besteht darin, daß jeder dort mitmachen kann, wo für ihn ein besonderes Interesse besteht, stellt der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Christian Lenzer**, fest.

Auf diesem Wege ist endlich das übliche leidige Proporzdenken der Europäischen Gemeinschaften, wonach jedes Mitgliedsland in irgendeiner Form beteiligt werden muß, überwunden worden. Darüber hinaus konnte erreicht werden, daß die Projekte zu wesentlichen Teilen durch Eigeninitiative der interessierten Unternehmen — auch in finanzieller Hinsicht — abgewickelt werden. Die 31 Projekte mit deutscher Beteiligung umfassen beispielsweise rund 2,2 Mrd. DM. 23 der 31 Projekte werden von 1986 bis 1993 durch das Bundesministerium für Forschung und Technik mit insgesamt 518 Mio. DM unterstützt. Das überwiegende Finanzvolumen wird anderweitig durch Beteiligte und Interessierte aufgebracht werden müssen. Durch EUREKA dürfen keine neuen

staatlichen Unterstützungsprogramme geschaffen werden, sondern die private, marktwirtschaftliche Finanzierung muß auf jeden Fall dominieren.

Es ist zu hoffen, daß durch die von EUREKA initiierte internationale Forschungszusammenarbeit, die von der Mikroelektronik und Materialforschung über Produktionstechnik und Gesundheitsforschung bis hin zum Umweltbereich reicht, tiefgreifende Impulse zur Beseitigung von Handelshemmnissen, zur Festlegung von Standards und Normen sowie zur Öffnung der öffentlichen Beschaffungsmärkte ausgehen. Die EUREKA-Initiative zeigt, welche Kraft und Dynamik die westlichen Staaten mit ihrer Marktwirtschaft freizusetzen vermögen, um den technischen Fortschritt weiter voranzutreiben. Planwirtschaftliche Systeme, wie die des Ostblocks, haben dem nichts Vergleichbares entgegenzusetzen. Auch in der nächsten Legislaturperiode gilt es, diese Dynamik weiter zu fördern und nach Kräften zu unterstützen. ■

Beschlüsse des Bundesfachausschusses „Verkehrspolitik“

Der Bundesfachausschuß „Verkehrspolitik“ der CDU hat die Beschlüsse aus der X. Legislaturperiode zu einer 59seitigen Dokumentation zusammengefaßt. Die Dokumentation ist auf Anfrage erhältlich:

**CDU-Bundesgeschäftsstelle
Gruppe Versand/Aktionen
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
5300 Bonn 1
Telefon: (02 28) 544-477**

SPD offenbart gestörtes Rechtsbewußtsein

Es ist schlimm genug, daß sich Richter und Staatsanwälte in selbstherrlicher Arroganz über geltendes Recht hinwegsetzen und für alle staatlichen Organe und Bürger der Bundesrepublik Deutschland gleichermaßen verbindliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts mit Füßen treten.

Noch schlimmer aber ist, daß der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzende des SPD-Arbeitskreises Rechtswesen, Alfred Emmerlich, in einer Presseerklärung ebenfalls deutlich zum Ausdruck bringt, daß die SPD offenbar nicht mehr bereit ist, ihr nicht ins politische Konzept passende Verfassungsgerichtsentscheidungen zu akzeptieren, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, **Karl Miltner**, zu rechtswidrigen Sitzblockaden durch Richter und Staatsanwälte in Mutlangen.

Obwohl das Bundesverfassungsgericht klar festgestellt hat, daß § 240 StGB, der die rechtswidrige Nötigung unter Strafe stellt, mit dem Grundgesetz vereinbar ist, versucht die SPD unter Hinweis auf das Abstimmungsverhältnis innerhalb des Senats, der bei Einzelfragen der Entscheidung mit Stimmgleichheit votiert hat, diese Entscheidung in Frage zu stellen.

Als Jurist muß Emmerlich wissen, daß das Bundesverfassungsgerichtsgesetz ausdrücklich eine Mehrheitsentscheidung des erkennenden Senats verlangt, damit ein Gesetz als verfassungswidrig verworfen werden kann.

Die Erklärung der SPD zu der rechtswidrigen Sitzblockade in Mutlangen bedeutet eine offene Obstruktion gegen die Entscheidung des höchsten deutschen Gerichts. Die SPD hat leider damit auch im

Bereich der Rechtspolitik bewiesen, daß sie um jeden Preis versucht, sich bei den Grünen, die für ihr gestörtes Verhältnis zum Rechtsstaat bekannt sind, anzubiedern.

Portogebühren bleiben 1987 stabil

Die Gebühren für Briefe, Päckchen und Pakete werden nach Angaben von Postminister Schwarz-Schilling auch 1987 stabil bleiben. In einer Erklärung zum Jahreswechsel bezeichnete der CDU-Politiker die wirtschaftliche Lage der Post als gut. Mit Postinvestitionen im Umfang von 18,6 Milliarden Mark würden 1987 mehr als 200 000 Arbeitsplätze bei privaten Unternehmen gesichert. Der Löwenanteil der Aufwendungen werde auch künftig in die Fernmeldetechnik fließen. Bei der Entwicklung im Bereich des Kabelfernsehens zog Schwarz-Schilling ebenfalls eine positive Bilanz.

Elizabeth II., Reagan und Mitterrand nach Berlin

Königin Elizabeth, US-Präsident Ronald Reagan und der französische Staatspräsident François Mitterrand werden zum 750. Geburtstag Berlins in diesem Jahr in die geteilte Stadt kommen. Bundeskanzler Helmut Kohl wertete die Besuche vor der Presse in Bonn als Zeichen dafür, daß die westlichen Verbündeten mit der Bundesrepublik in dem Ziel solidarisch seien, die Lebenskraft der Stadt vor Augen zu führen. Reagan wird voraussichtlich am 12. Juni in Berlin sein. Möglicherweise im Anschluß daran wird er Bonn besuchen. Vor Reagan wird Mitterrand Berlin besuchen. Der Besuch der Königin wird für September erwartet.

17-Punkte-Umwelt-Programm der CDU

Offensive für den Umweltschutz

Die Panikmache rot-grüner-Aussteiger nützt der Umwelt nicht. Die SPD hatte 13 Jahre Zeit, Umweltpolitik zu machen. Getan hat sie nichts. Erst wir haben gehandelt: Schadstoffarme Autos, bleifreies Benzin und 600.000 Tonnen weniger Schwefel-Ausstoß bei Industrie und Kraftwerken. Und jetzt hat Walter Wallmann ein Umwelt-Programm der CDU vorgelegt, das den Umweltschutz zur gemeinsamen nationalen Aufgabe macht. Dazu gehören u.a.:

- zwingende Umwelt-Haftpflichtversicherung für Betriebe,
- erweitertes Verbot für gefährliche Chemikalien,
- Forschung und Ausbau neuer Umwelttechniken,
- strengere Kontrolle, schnelleres Handeln der Behörden.

**Vorbeugen ist besser als heilen – auch für die Umwelt.
Umweltschutz darf nicht an Grenzen haltmachen.
Deshalb sind wir der Vorreiter des Umweltschutzes
in Europa.**



Mit einem 17-Punkte-Programm eröffnet die CDU in der nächsten Legislaturperiode eine neue Offensive für den Umwelt- und Naturschutz:

- 1.** Einführung einer zwangsweisen Umwelthaftpflichtversicherung für die Industrie.
- 2.** Ausweitung der Gefährdungshaftung. Sie ist eine verschuldensunabhängige Haftung. Das zwingt die Industrie zu mehr Umweltvorsorge.
- 3.** Verschärfung und Erweiterung des Chemikaliengesetzes, damit besonders gefährliche Stoffe leichter verboten werden können.
- 4.** Zentrale Datei für chemische Stoffe, damit z.B. Wasserwerke, Feuerwehr oder Katastrophenschutz bei Schadensfällen schnell und richtig eingreifen können.
- 5.** Bessere Information der Verbraucher über die Umweltverträglichkeit von Produkten („Blauer Engel“).
- 6.** Luft, Boden und Wasser gehören zusammen. Deshalb soll nach dem Bodenschutzkonzept ein umfassendes Grundwasserschutzkonzept erarbeitet werden.
- 7.** Regelmäßiger Umweltbericht der Bundesregierung.
- 8.** Umweltschutzanstrengungen werden auch finanziell gefördert, z. B. durch Steuererleichterungen für Umweltinvestitionen oder Umweltschutzkreditprogramme.
- 9.** Der Maßnahmenkatalog der Bundesregierung zur Vorsorge gegen Chemieunfälle muß zügig umgesetzt werden, denn schärfere Kontrollen und Auflagen für die Industrie helfen der Umwelt.
- 10.** Die besten Umweltschutzvorschriften nutzen nichts, wenn sie nicht scharf überwacht werden, deshalb müssen die Länder streng die Einhaltung der Vorschriften überwachen, damit Umweltsünder hart bestraft werden können.
- 11.** Weiterer Ausbau von Umweltforschung und Umwelttechnologien.
- 12.** Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit und Koordination, denn die Umweltverschmutzung macht an Grenzen nicht Halt.
- 13.** Verstärkte internationale Kooperation mit Ländern der Dritten Welt.
- 14.** Unternehmensentscheidungen müssen auch umweltgerecht sein, deshalb muß in den Unternehmen ein Mitglied der Geschäftsleitung für Umweltschutz verantwortlich sein.
- 15.** Ein jährlicher Bericht des Umweltbundesamtes soll die Öffentlichkeit darüber informieren, welche Firma welche Stoffe in Gewässer einleitet.
- 16.** Ständige Koordination der Umweltpolitik über Fachgrenzen hinweg durch einen interministeriellen Staatssekretärsausschuß.
- 17.** Harmonisierung des Umweltrechts mit dem langfristigen Ziel eines einheitlichen Umwelt-Gesetzbuches.

CDU
Die Zukunft

Keine Stimmen verschenken

Alle Umfragen zeigen:
Die FDP kommt klar
über 5 Prozent.

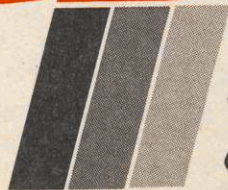
Beide Stimmen für die CDU

Sie haben		2 Stimmen	
hier 1 Stimme für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten (Erststimme)		hier 1 Stimme für die Wahl einer Landesliste (Partei) (Zweitstimme)	
1	CDU-Kandidat	CDU	1
2			2

Wichtig: Die CDU braucht am 25. Januar beide Stimmen. Mit der Erststimme wählen Sie Ihren CDU-Kandidaten in den Bundestag. Bestimmend für die Zusammensetzung des Parlaments, für die Stärke der CDU im Bundestag ist jedoch die Zweitstimme. Keiner darf sie verschenken oder verleihen, denn damit würde die erfolgreiche Politik der CDU blockiert. Mit beiden Stimmen für die CDU verhindern Sie Rot-Grün. Lassen Sie unser Land nicht in falsche Hände fallen. Bleiben Sie nicht zu Hause. Wählen Sie die CDU – das ist eine gute Entscheidung für Deutschland.

Zukunft statt Rot-Grün

CDU



*Die
Zukunft*

Wichtige Punkte für die letzten Wahlkampftage:

Jetzt entscheidet sich die Wahl!

Canvassing-Aktionen

Hieran erkennt der Bürger: Die CDU kämpft bis zum Wahltag. Eben auch am Wochenende vor der Wahl wird an Informationsständen in Fußgängerzonen oder z. B. an Einkaufszentren über die erfolgreiche Politik der Regierung Helmut Kohl in persönlichem Gespräch informiert.

Heiße Getränke gegen Frost, Eis und kalte Füße sind hierbei die richtige Grundlage, um noch unentschlossene Wähler mit den richtigen Argumenten auszustatten.

Plakatüberkleber

„Beide Stimmen für die CDU“

Aktualisieren Sie Ihre Plakate mit den leuchtend gelben Überklebern. Andere betteln um die Zweitstimme der CDU-Wähler. Wir brauchen beide Stimmen. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, daß allein die Zweitstimme über die Stärke der Parteien im neuen Bundestag entscheidet. Wenden Sie sich an Ihre Kreisgeschäftsstelle; sie hat die Überkleber vorrätig.

Telefon-Aktion

Überall im Lande im Wahlkampf 1986/87 eingesetzt und sehr positiv bewertet: Telefonaktionen. Auf der Zielgeraden bieten sich hierfür zwei Themen besonders an:

Telefonkette am Wahltag

CDU-Mitglieder rufen Freunde und Bekannte an und fordern zum Wahlgang auf. („Franz, heute ist Wahltag — beide Stimmen für die CDU!“)

CDU-Fahrdienst zum Wahllokal

In den letzten Tagen vor der Wahl sollte gezielt in den Seniorenwohnheimen und ähnlichen Einrichtungen angerufen und

das kostenlose Fahrangebot bekannt gemacht werden: Am Wahltag von 7.00 bis 18.00 Uhr einsatzbereit.

Kleinanzeigen

Um auf die verschiedenen Wahlkampfmaßnahmen der CDU vor Ort preiswert und werbewirksam hinzuweisen, bieten sich Kleinanzeigen geradezu an. Was auf jeden Fall publik gemacht werden muß: Der CDU-Fahrdienst am Wahltag, der gerade bei Schnee und Eis viele zusätzliche Stimmen für die CDU sichert.

Plakatierung am Wahllokal: der letzte Eindruck zählt!

Zahlreiche Bürger haben sich auch beim Gang zum Wahllokal noch nicht endgültig entschlossen, welche Partei sie wählen sollen. Oft zählt bei der Entscheidung der letzte Eindruck.

Plakatieren Sie deshalb rund um die Wahllokale kurzfristig vor dem Wahltag neu! Nutzen Sie hierzu auch das Stimmentzettelplakat „Beide Stimmen CDU“.

Briefwahl

Erinnern Sie an die Briefwahl. Sie ist auch am Freitag vor der Wahl noch möglich. Keine Stimme darf uns verloren gehen.

Aufruf zum Wahlgang: CDU-Türanhänger

Am 25. Januar gehts um die Zukunft. Daher sollten wir alle bis zur letzten Minute um jede Wählerstimme kämpfen. Mit Türanhängern kann die CDU am Wahltag den Bürger auf sympathische Art daran erinnern, zum Wahllokal zu gehen. Ein Signal, das keiner übersieht und das Aufmerksamkeit erregt.

Mindestabnahme: 250 Stück

Preis pro Mindestabnahme: 7,— DM

Bestell-Nr. 9381

Tel.: (0 54 23) 1 53 20 oder 1 53 11

Fahrdienst zum Wahllokal

Höchste Eisenbahn mit der Organisation zu beginnen. Jeder CDU-Verband sollte sicherstellen, daß der Lohn seiner erfolgreichen Wahlkampfarbeit — eine hohe

Das Wetter am Wochenende ● Gut für Wintersport ● Noch mehr Schnee und Frost Ausführlicher Bericht
letzte Seite**Alles klar für 1987:
Weiter aufwärts**Preise bleiben stabil
Renten bleiben sicher
Mehr Arbeitsplätze

Seite 2



Susanne aus Berlin auf Gran Canaria: Sonnenurlaub im Winter ist super. (Siehe Seite 16)

**Super-Mark
fördert das
Reisefieber****DEUTSCHLAND****AM****WOCHENENDE**Ausgabe
Rheinland-
Pfalz

Nr. 1

9. Januar 1987

**Jetzt geht es zur Sache
Harte Gifte auf
die Verbotsliste****Stoltenberg:
Dauerhafte
Steuersenkung
im
Schnitt
um
1000 DM**Architekt des Aufschwungs:
Bundesfinanzminister Gerhard
Stoltenberg.

„Deutschland am Wochenende“ ist eine flott gemachte, 16 Seiten umfassende Zeitung, die an den drei Wochenenden vor der Wahl von der CDU in einer Auflage von 15 Millionen Exemplaren herausgegeben wird. 90000 Mitglieder und Freunde der CDU verteilen von Freitagmittag bis Samstagmittag die Zeitung in die Haushalte. „Deutschland am Wochenende“ wird in 13 Druckereien hergestellt und ist eine bunte Mischung aus politischer Information, Sport und Unterhaltung. Auch Rätselfreunde kommen auf ihre Kosten, und selbstverständlich fehlt auch das Fernsehprogramm für die kommende Woche nicht. Helfen Sie mit, auch am letzten Wochenende die Zeitung zu verteilen. Melden Sie sich bei ihrem Ortsvorsitzenden.

Wahlbeteiligung und damit ein gutes Ergebnis für die Union — am Wahltag nicht durch Eis und Schnee in Frage gestellt wird. Kleinanzeigen in der Lokalzeitung oder in Anzeigenblättern, Pressemitteilungen und Flugblättern (Vorlage liegt beim Kreisverband) sind gute Mittel, den CDU-Fahrdienst auch noch kurzfristig bekannt zu machen (nähere Hinweise siehe auch UiD 1/87).

Wahlergebnis feiern

Wer gut gekämpft hat, der soll auch ausgiebig feiern! Treffpunkt für alle CDU-Freunde, die aktiv zum Erfolg beigetragen haben: das CDU-Stammlokal vor Ort oder natürlich die CDU-Geschäftsstelle.

**Plakatüberkleber — Danke!
Jetzt packen wir die Zukunft an!**

Rechtzeitig vor dem Wahltag bei allen Kreisverbänden vorrätig: Der Plakatüberkleber, mit dem man auf sympathische Art dem Bürger für seine Stimmabgabe danken kann.

Grundausrüstung für jeden CDU-Kreisverband: 1000 Stück

Das Wahlkampftelefon

Der heiße Draht zum Konrad-Adenauer-Haus — werktags von 8.00 Uhr bis 20.30 Uhr; auch Samstag von 8.00 Uhr bis 13.30 Uhr stehen Ihnen fachkundige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Anfragen zur Verfügung. Tel.: (0228) 544-318

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Am Wahltag daran denken



Am 25. Januar stimmen wir Deutschen über die Zukunft unseres Landes ab. Die Wahlentscheidung fällt zwischen dem CDU-geführten Regierungsbündnis und dem rot-grünen Lager. Wollen Sie weiterhin Wirtschaftswachstum, stabile Preise, mehr Arbeitsplätze, sichere Renten? Oder soll unser Land wieder in eine Krise geraten? Wählen Sie mit der CDU eine sichere Zukunft: So behält Deutschland seinen Spitzenplatz in der Welt. Frieden und Freiheit bleiben gesichert.

UiD

3/87

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. * 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** WA-Druck, Düsseldorf.